



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221)

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 30.08.2012

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 15.03.2012, 15:30 Uhr bis 17:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	bis 16:55 Uhr
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU

Herr Heribert Resch	CDU
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier
Herr Manfred Kaune
Frau Anke Ludwig
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Peter Winkels

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Saher	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Minu Nikpay	KÖBES

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Sie informiert kurz über die erweiterten Tagesordnungen, deren Erweiterungen am Zusatz "**zugesetzt und zugestellt**" bzw. "**Tischvorlage**" zu erkennen seien.

Die Unterlagen seien bis auf fünf Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün zugestellt worden. Zu TOP 9.2 wurde eine aktuelle Neufassung als Sammelumdruck vom 05.03.2012 zugestellt.

In der letzten Ausschusssitzung am 02.02.2012 bat Frau Welcker im Rahmen der Mitteilung „Sachstandsmitteilung zur digitalen Bodenbelastungskarte; 0278/2012“ um Karten, aus denen die tatsächliche Belastung an bestimmten Standorten ersichtlich ist. Die Bodenbelastungskarten seien entsprechend überarbeitet worden und jetzt im Din A 3-Format für jede Fraktion einmal auf den Tischen verteilt.

Im Betriebsausschuss gebe es keine Tischvorlagen.

Im Ausschuss Umwelt und Grün werde die Anfrage zu TOP 3.2 in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 6.1 „Hochwasserschutzkonzept Köln, Retentionsraum Worringer Bruch“ seien Herr Werker, Herr Hillenbach und Frau Thomas von den Stadtentwässerungsbetrieben anwesend.

Sie regt an, TOP 6.2 zurückzustellen, bis ein Votum von der BV Rodenkirchen vorliegt.

Zu TOP 7.1 „Leitlinie Kölner Ringstraßen“ werde Frau Koch aus dem Stadtplanungsamt anwesend sein.

RM Herr Bacher bittet, zu TOP 7.1 zu beraten, aber kein Votum abzugeben, sondern das Votum der BV Innenstadt abzuwarten.

RM Herr Brust meldet zu TOP 5.1 des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln Beratungsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und bittet, diesen Punkt ebenfalls nur zu beraten, aber kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss ist mit den Änderungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
 - 3.1 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta
Anfrage von pro Köln
AN/1913/2011

3.1.1 Verbrennung von Sonderabfall; Kapazitätserweiterung der Firma Currenta
Beantwortung der Anfrage
0837/2012

3.2 Biodiversität
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen
AN/0385/2012

3.3 Schadstoffbelastung rund um das RheinCenter Köln-Weiden; AN/2178/2011
Beantwortung der Anfrage
0593/2012

4 Mündliche Anfragen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Reten-
tionsraum Worringer Bruch
4162/2011

6.1.1 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Reten-
tionsraum Worringer Bruch 4162/2011
Stellungnahme der Verwaltung zu mündlichen Anfragen von RM Herrn Kienitz
0920/2012

6.2 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich
3550/2011
***Vor Eintritt in die TO zurückgestellt, bis das Votum der BV Rodenkirchen
vorliegt.***

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

7.1 "Leitlinie Kölner Ringstraßen";
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen" im
Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Kölner Innenstadt
5222/2011
***Vor Eintritt in die TO zurückgestellt, bis das Votum der BV Innenstadt
vorliegt.***

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

9.1 Lüftung in Passivhäusern
0479/2012

- 9.2 Toilettenkonzept, Zwischenbericht
0789/2012
- 9.3 Rheinboulevard
Beteiligungsprozess zum "Historischen Park Deutz"
0722/2012
- 9.4 Bodensanierung des Kleinen Kalkberges in Köln-Buchforst
0833/2012
- 9.5 Beabsichtigte Genehmigung gem. § 6 Abs. 2 b) BSchS zur Fällung von 53
Bäumen für die Errichtung eines Laborgebäudes (naturwissenschaftlich-
medizinisches Institut/ Nawi-Medi) der Deutschen Sporthochschule (DSHS),
Bez. 3, Am Sportpark
Hier: Mitteilung gem. Beschluss des Ausschusses Landschaftspflege und
Grün vom 24.8.1998 aufgrund des Widerspruchs der BV 3 vom 30.1.2012
0827/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta Anfrage von pro Köln AN/1913/2011

3.1.1 Verbrennung von Sonderabfall; Kapazitätserweiterung der Firma Currenta Beantwortung der Anfrage 0837/2012

SE Frau Grosser stellt zwei Zusatzfragen zu einzelnen Punkten der Beantwortung:

zu Frage 1. In der Beantwortung steht eine Bezeichnung mit der Abfallschlüsselnummer "190111". Was verbirgt sich dahinter?

zu Frage 2. Wer sind die anderen Erzeuger, von denen in der Antwort die Rede ist?

Die Beigeordnete kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

3.2 Biodiversität Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen AN/0385/2012

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

3.3 Schadstoffbelastung rund um das RheinCenter Köln-Weiden; AN/2178/2011 Beantwortung der Anfrage 0593/2012

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Spitzenlast bei Strom, Gas und Fernwärme am 08.02.2012 und zukünftige Versorgung in Köln Mündliche Anfrage von Herrn Donath

SE Herr Donath bemerkt, dass der vergangene Winter kurz aber sehr kalt gewesen sei. Salz sei diesmal nicht knapp gewesen, aber beim Strom sei es eng geworden.

Die Presse habe berichtet, dass der deutsche Strombedarf am besonders kalten 08.02.2012 gegen 18 Uhr den Jahresspitzenwert von 57 GW¹ (Gigawatt) erreicht habe und alle Reservekapazitäten in Betrieb gewesen seien. Zudem habe Frankreich viel Strom zum Heizen von Deutschland importieren müssen, denn dort werde – weil angeblich so billig – landesweit mit Strom geheizt. Die Stromspitzenlast sei deshalb in Frankreich – zeitgleich mit der in Deutschland – dramatisch hoch gewesen (über 100 GW) und massive Stromimporte erfordert.

Auch in Deutschland habe der Anteil von Heizstrom an der 57-GW-Spitzenlast mit 10-20 GW bedrohlich hoch gelegen. Die Gasversorgung sei in Teilen Deutschlands ebenfalls angespannt gewesen.

Herr Donath stellt folgende Fragen:

1. Hat die Verwaltung Kenntnis über die Kölner Situation?
2. Wie hoch lag die Spitzenlast bei Strom, Gas und Fernwärme am 08.02.2012?
3. Wie stand es mit Reservekapazitäten?

Aus eigener Anschauung habe er beobachten können, dass die alten Gas-Turbinen neben dem neuen Heizkraftwerk im Niehler Hafen an diesen Tagen ununterbrochen in Betrieb gewesen seien.

Herr Donath stellt folgende weiteren Fragen:

4. Wie hoch war der Stromanteil, der zum Heizen in jeglicher Form benötigt wurde?
5. Was kann in Köln getan werden, damit im nächsten oder übernächsten Winter aus Knappheit nicht ein Versorgungsausfall mit unberechenbaren Folgen werden kann?
6. Bereits 2015 sollen weitere Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Wenn nicht rechtzeitig Ersatzkraftwerke und Stromleitungen in Betrieb genommen werden, muss der Verbrauch durch Effizienzsteigerung gemindert werden - vor allem beim Strom zum Heizen. Gibt es dazu in Köln konkrete Pläne?

RM Herr Kienitz regt an, eine Vertreterin / einen Vertreter von Rhein-Energie einzuladen, die/der zu diesen Fragen Stellung nimmt. Außerdem könne sie / er dann direkt über das Projekt Smart-City informieren.

Beigeordnete Frau Reker sagt zu, die Fragen zur Beantwortung an die Rhein-Energie weiterzuleiten.

¹ 1 GW sei lt. Herrn Donath das 2,5-fache der Leistung des Kölner Kraftwerks im Niehler Hafen.

4.2 Waldbadviertel **Mündliche Anfrage von Herrn Brust**

RM Herr Brust erwähnt, es gebe in der Presse Artikel zum Waldbadviertel, dem sogenannten "Millionenacker", wo die GAG neu baue. Es sei berichtet worden, dass daneben früher ein Tontaubenschießplatz gelegen habe und dieser mit Blei verseucht sei. Herr Brust bittet die Verwaltung um Stellungnahme, insbesondere auch zur Gefährdung.

Herr Dr. Drösemeier bestätigt die weitgehende Richtigkeit der Berichterstattung. Auf dem Schießplatz sei mit Schrot geschossen worden und dieser liege auf der Erde und sei greifbar. Die Auswirkungen auf die Siedlung sehe er weniger dramatisch. Allerdings werde man das Feld des ehemaligen Tontaubenschießplatzes einzäunen, um den Zugang zu erschweren. Man werde im Laufe des Novembers 2012 bis Januar / Februar 2013 eine Gefährdungsabschätzung machen. Jetzt sei dazu wegen des dichten Brombeergesträuches keine Möglichkeit.

SE Herr Resch gibt zu Bedenken, dass dort im Laufe der Jahrzehnte eine große Menge Munition verschossen worden sei und der Platz zudem noch sportlich genutzt worden sei. Er fragt, wer in Schadensfällen haftet und ob möglicherweise das Verursacherprinzip zur Geltung komme. Außerdem möchte er wissen, welche Perspektive für den Platz angedacht sei.

Herr Dr. Drösemeier antwortet, ihm sei die Vertragsgestaltung zwischen der Verwaltung und den Betreibern des Schießplatzes nicht bekannt. Er werde dies nachfragen und die Frage schriftlich beantworten.

4.3 Herriger Gasse **Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Welpmann**

RM Herr Dr. Welpmann kommt auf das Projekt Herriger Gasse zu sprechen. Dort seien geschützte Bäume illegal gefällt worden. Herr Dr. Welpmann fragt nach dem Sachstand zum diesbezüglichen Bußgeldverfahren und möchte wissen, in welcher Höhe dort Bußgelder verhängt worden seien bzw. mit welchen Größenordnungen zu rechnen sei und welche Konsequenzen die Verwaltung aus diesen Erfahrungen zieht, um in vergleichbaren Fällen zu kontrollieren, dass es nicht zu solchen Auswüchsen komme.

In dem Zusammenhang habe er noch weitere Fragen. In der Müngersdorfer Bevölkerung werde intensiv über die Ortsbild prägende Mauer diskutiert. Auch da gebe es Befürchtungen, dass der Investor die Mauer nicht schütze. Herr Dr. Welpmann fragt nach dem Sachstand und der Einschätzung der Verwaltung.

Zuletzt möchte er wissen, wie der Sach- bzw. Verfahrensstand bei der Unterschutzstellung der Hangkante aussieht.

Beigeordnete Frau Reker kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

4.4 CologneEmobil **Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach ruft eine frühere Anregung in Erinnerung, in der er vorschlug, das Projekt CologneEmobil in Rückschau anzugucken und daraus versuchen abzuleiten, ob es irgendwelche Dinge im Bereich Mobilität gibt, die, auch unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes, weiterentwickelt werden können. Er fragt, ob sich inzwischen Dinge konkretisiert hätten, um das Thema zu diskutieren.

4.5 Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED Mündliche Anfrage von Herrn Pöhler

SE Herr Pöhler erinnert an die Anfrage AN/1731/2011 zum KfW-Förderprogramm zu energieeffizienten Stadtbeleuchtung, die zusammen mit der Beantwortung 4368/2011 am 10.11.2011 auf der TO stand, jedoch nicht vollständig beantwortet worden sei. Er bittet nochmals um komplette Beantwortung.

RM Herr Brust regt an, auch zu diesem Punkt, wie schon zu den Themen Stromverbrauch und CologneEmobil, die Rhein-Energie einzuladen.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Keine.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch 4162/2011

6.1.1 Hochwasserschutzkonzept Köln, Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) - Retentionsraum Worringer Bruch 4162/2011 Stellungnahme der Verwaltung zu mündlichen Anfragen von RM Herrn Kienitz 0920/2012

²Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Auszüge aus den Sitzungen des Verkehrsausschusses und der BV Chorweiler sowie auf die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen von Herrn Kienitz.

RM Herr Dr. Welpmann spricht zwei Punkte an und bittet die Verwaltung um Bestätigung bzw. Stellungnahme.

1. Die Altlastenfrage wurde untersucht und es geht, auch im Hinblick auf den Polderweg, keine Gefährdung von den dortigen Altablagerungen aus.
2. Es gibt noch eine Reihe von offenen Punkten im Bereich des Natur- und Artenschutzes, insbesondere in Hinblick auf das FFH-Gutachten. Herr Dr. Welpmann möchte wissen, ob diese schon geklärt sind oder im weiteren Verfahren geklärt werden.

Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, könne man der Vorlage zustimmen.

Auf Nachfrage von SE Herr Resch erläutert Herr Werker, dass die B 9 nur in einem Teilbereich der Querung des Deiches hochgelegt werde. Da die Stadt Köln Veranlasser sei, gingen auch diese Kosten zu Lasten des Retentionsraumes. Insgesamt trage das Land die Kosten, da dieses der Träger der Maßnahme sei.

Hinsichtlich der Altlasten informiert er den Ausschuss, dass die bekannten Altlastflächen innerhalb des Baufeldes detailliert untersucht und keine besonderen Auffälligkeiten

² **RM Frau Nessler-Komp und RM Frau Paffen nehmen wegen Befangenheit an den Beratungen und der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.**

ten festgestellt worden seien. Dort, wo nicht in den Boden eingegriffen werde, wurde nicht untersucht, da dort nichts verändert werde. Auch jetzt laufe das Niederschlagswasser durch die Altlast ins Grundwasser. Die Grundwassermessungen im Bereich Curenta in Dormagen deuteten nicht darauf hin, dass dort besondere Schwebstoffe ausgespült würden.

Die Untersuchungen betreffend FFH-Verträglichkeit seien ein wesentlicher Teil des Planfeststellungsverfahrens und werden, genau wie die Fragen zur Altlast, noch mal im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens geklärt. Anschließend werde von allen Beteiligten eine Stellungnahme abgegeben.

Auf weitere Nachfragen der Ausschussmitglieder bezüglich der Altlasten antwortet Herr Dr. Drösemeier, dass die Fläche zwischen 1986 und 1988 untersucht worden sei. Es gebe zwar Belastungen, diese seien jedoch nicht besonders auffällig. Die Verfüllung sei hauptsächlich mit Abbruchstoffen, also Bauschutt, vorgenommen worden. In einer der drei Altlasten gebe es Belastungen mit BTEX³. Es werde davon ausgegangen, dass diese Stoffe dem Bauschutt verhaftet waren.

Die Frage von SE Herrn Koberg nach der Löslichkeit von Schwebstoffen beantwortet Herr Werker negativ.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, sich dem geänderten Beschluss der BV Chorweiler anzuschließen.

RM Herr Bacher stimmt dem Vorschlag zu. Man könne der Verwaltungsvorlage zustimmen, bitte aber, die Beschlusserweiterung mit in den Beschlusstext aufzunehmen und dann im weiteren Verfahren zu bearbeiten.

SB Herr Dr. Albach ist ebenfalls der Meinung. Es stelle sich jedoch die Frage, wie man mit der Forderung der BV Chorweiler umgehe, die Altlastenbereiche auf Schadstoffe zu untersuchen und gegebenenfalls zu beseitigen. Wenn dies schon lt. Aussagen der Verwaltung geschehen sei, könne man diesen Abschnitt weglassen. Die Frage der Beseitigung ergebe sich daraus, wie die Verwaltung die Gefährdung beurteile.

Beigeordnete Frau Reker betont, die Verwaltung halte dies nicht für notwendig, weil die Untersuchung bereits zu diesem Ergebnis gekommen sei. Auch sei eine derartige Untersuchung nicht bis zu den Sommerferien 2012 durchführbar.

RM Herr Bacher erklärt für die SPD-Fraktion, die Untersuchungen haben 1988 stattgefunden. Daher sei es nicht hinderlich, sich im Rahmen der großen Maßnahme noch mal der Altlasten anzunehmen und der BV Chorweiler die Ergebnisse zukommen zu lassen. Wenn die Verwaltung zu dem Ergebnis komme, dass damit keine Problematik verbunden sei, sei auch eine Beseitigung der Altlast nicht notwendig.

RM Herr Kienitz schließt sich namens der CDU-Fraktion den Ausführungen von Herrn Bacher an. Man lege Wert darauf, den Beschluss der BV Chorweiler in den Beschlusstext des Ausschusses mit aufzunehmen.

Nach einer umfassenden Diskussion stellt die Ausschussvorsitzende den um die Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Chorweiler ergänzten Beschlusstext zur Abstimmung:

³ BTEX oder BTXE ist eine Abkürzung für die aromatischen Kohlenwasserstoffe Benzol, Toluol, Ethylbenzol und die Xylole (Quelle "Wikipedia")

Geänderter (ergänzter) Beschluss:⁴

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat stimmt gemäß § 8 Abs. 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) dem Beschluss des Verwaltungsrates der StEB vom 28.09.2011 über die Umsetzung des Planfeststellungsabschnittes (PFA) 10 auf der Grundlage der durchgeführten positiven Grundlagenermittlung, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses und der gesicherten Finanzierung zu.

Als Zielvorgabe für den Betrieb des Notfallpolders wird eine Flutung nur bei sehr großen Hochwasserereignissen knapp unterhalb des 200-jährlichen Bemessungshochwassers (BHW 200) – entsprechend 11,90m Kölner Pegel – im Planfeststellungsverfahren beantragt. Das Prozedere der Flutung wird in einem zu erstellenden Betriebsplan festgeschrieben.

Dabei wird unter „knapp“ frühestens 14 Stunden vor Erreichung der auf der Basis der Oberlieger-Rheinpegel errechneten Überschreitung der 11,90 m Kölner Pegel Marke verstanden.

Es soll ein Konzept für Rettungs- und Fluchtwege im Katastrophenfall entwickelt und ggf. technische Lösungen und bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes ergibt sich unabhängig vom Retentionsraum, da die Rettungs- und Fluchtwege bei jedem größerem Hochwasserereignis erforderlich sein könnten.

Das Konzept soll bis zu den Sommerferien 2012 der Bezirksvertretung Chorweiler vorgestellt werden.

Auch sollen die Altlastenbereiche südlich der Brombeergasse und nördlich des Blumenbergsweges auf Schadstoffe untersucht ggf. beseitigt werden.

Die Schadstoffuntersuchung soll bis zu den Sommerferien 2012 erfolgen.

Die Schadstoffuntersuchung der Altlasten soll unabhängig vom Retentionsraum erfolgen, da auch hier durch steigendes Grundwasser bei jedem größerem Hochwasserereignis eine Gefährdung gegeben ist.

Des Weiteren sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Abpumpleistung bei der Entleerung des Retentionsraums ergriffen werden.

Außerdem soll das FFH-Gutachten, eine Stellungnahme des Düsseldorfer Umweltministeriums und ggf. der EU-Kommission zur FFH-Richtlinie angewendet auf den Retentionsraum bis zu den Sommerferien 2012 vorgelegt werden.

Ferner soll geprüft werden, ob der Deich den Einzelhof „Im Bruch“ in die Ortslage mit einschließen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln.

⁴ RM Frau Nessler-Komp und RM Frau Paffen nehmen wegen Befangenheit an den Beratungen und der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

**6.2 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich
3550/2011**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt, bis das Votum der BV Rodenkirchen vorliegt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

**7.1 "Leitlinie Kölner Ringstraßen";
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen"
im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Kölner Innenstadt
5222/2011**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt, bis das Votum der BV Innenstadt vorliegt.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

**9.1 Lüftung in Passivhäusern
0479/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.2 Toilettenkonzept, Zwischenbericht
0789/2012**

SE Frau Röttger-Schulz verweist auf die Mitteilung, in der auf Seite 3 im vorletzten Spiegelstrich stehe, "Beginn der aufwändigen Sanierung der **(möglichst barrierefrei, sofern technisch und finanziell vertretbar)** Toilettenanlage in der U-Bahn-Haltestelle Deutz/Messe". Sie betont, dass diese Formulierung der StadtAG Behindertenpolitik überhaupt nicht gefalle. Sie trägt die Begründung des beschlossenen Antrags (AN/2050/2011) der Stadt AG zum Toilettenkonzept vor, die da lautet:

Ein mitbestimmender Grund für die Erstellung und Verabschiedung des „Toilettenkonzepts“ durch den Rat am 10.9.2009 war die Tatsache, dass seitens der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik deutlich gemacht wurde, dass es für gehbehinderte Menschen, die ein Hilfsmittel benötigen, außerhalb der Öffnungszeiten von Kaufhäusern oder Museen kaum Möglichkeiten gibt, eine Toilette aufzusuchen. Das schränkt die Bewegungsmöglichkeiten von behinderten Kölner Bürgern oder auswärtigen Besuchern am Wochenende oder nach 18.00 Uhr stark ein. Es handelt sich hierbei um einen Zeitraum, in dem in besonderem Maße allgemein üblich ist, soziale Kontakte zu pflegen. Aufgrund fehlender behindertengerechter Toiletten, bleibt behinderten Menschen diese Möglichkeit versagt.

Der vorgelegte Sachstandsbericht der Verwaltung macht deutlich, dass seit 2009 keine Verbesserung der Situation für behinderte Menschen eingetreten ist und auch keine wesentliche Verbesserung beabsichtigt ist. Laut Anlage, die dem Sachstandsbericht der Verwaltung beigelegt wurde, gibt es nur 2 (!) barrierefreie Toiletten mit uneingeschränkter zeitlicher Nutzbarkeit, beide liegen im Stadtbezirk 1 (An der Rechtsschule, Offenbachplatz).

Der derzeitige Zustand in Köln steht in deutlichem Widerspruch zu den Gedanken und Bestimmungen in der UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention). Eine gleichberechtigte Teilhabe ist ohne Auffindbarkeit, Nutzbarkeit und Zugänglichkeit von Toiletten nicht möglich.

Dies betreffe auch die U-Bahn-Haltestelle Deutz/Messe. Es werde jedoch immer wieder eine finanzielle oder technische Begründung vorgelegt, so dass Menschen mit Behinderung nicht am öffentlichen Leben teilhaben können.

Beigeordnete Frau Reker betont, dass sie in ihrer Funktion als Sozialdezernentin Frau Röttger-Schulz in vollem Umfang unterstütze. Leider sei die Fachverwaltung nicht anwesend.

RM Herr Kienitz weist darauf hin, dass die Fertigstellung seines Erachtens erst im Jahr 2015 erfolge und nicht schon 2013. Insgesamt sei dies sehr enttäuschend und eine unbefriedigende Situation, denn es handle sich um ein Thema, das alle angehe. Er übt Kritik und bemerkt zum Zwischenbericht, dass sich die CDU-Fraktion mehr Kreativität von der Verwaltung gewünscht habe und die Umsetzung nicht bis 2015 zu vertagen. Konkret möchte er wissen, ob dem auf S. 3 zitierten öffentlichen Wunsch nach Toiletten in öffentlichen Grünanlagen schon vor 2015 nachgekommen werde. Er bitte da um genauen Sachstand, da schließlich hier hochfrequentierte Grünbereiche angesprochen worden seien.

RM Herr Brust stimmt seinem Vorredner zu. Man könne die Mitteilung so verstehen, dass bis 2015 gar nichts unternommen werde, man könne sie aber auch anders verstehen, wenn sich das zeitliche Stufenkonzept auf die Zeit ab Sommer 2012 und das erweiterte Angebot auf die Zeit ab 2015 beziehe.

SB Herr Dr. Albach bezeichnet die Mitteilung als sehr unbefriedigend und als nicht akzeptabel. Er gehe davon aus, dass der Ratsbeschluss noch gültig sei.

SE Frau Röttger-Schulz unterstreicht, die Stadt AG erwarte, dass die Umsetzung des Ratsbeschlusses 2012 beginne.

Herr Kaune macht deutlich, es sei geplant, ab 2015 das gesamte Toilettenkonzept umzusetzen. Was unter der Rubrik "für das 1. Jahr" stehe, sei im besten Fall für 2015 gedacht. Hinsichtlich der Toiletten in Grünanlagen, wurden die Standorte noch einmal modifiziert. Für das 20.000 Euro-Projekt gebe es ein konkretes Angebot. Wenn die Grünverwaltung das Geld hätte, könne sie mit dieser Maßnahme beginnen.

Die Ausschussvorsitzende verweist auf die Daten, an denen die beigelegte Beschlussvorlage zur Umsetzung des Toilettenkonzeptes im Finanzausschuss (11.06.) und im Rat (26.06.2012) beraten und ggfs. beschlossen werden soll. Dies sei nicht zufällig der Tag, an dem auch der Haushalt verabschiedet werden soll. Die Politik habe die Möglichkeit Stellung zu beziehen, denn es handle sich um eine haushaltsrelevante Vorlage.

RM Herr Dr. Welpmann fasst zusammen, die Aussage von Herrn Kaune habe deutlich gemacht, dass innerhalb der nächsten drei Jahre nichts passiere. Dies sei nicht akzeptabel.

**9.3 Rheinboulevard
Beteiligungsprozess zum "Historischen Park Deutz"
0722/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.4 Bodensanierung des Kleinen Kalkberges in Köln-Buchforst
0833/2012**

SB Herr Dr. Albach fragt, wie viel Blei und Arsen die Gutachter gefunden haben. Es seien Blei- und Arsenfunde festgestellt worden.

RM Frau Frebel möchte wissen, wann die Untersuchungen stattgefunden haben.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**9.5 Beabsichtigte Genehmigung gem. § 6 Abs. 2 b) BSchS zur Fällung von
53 Bäumen für die Errichtung eines Laborgebäudes (naturwissenschaftlich-medizinisches Institut/ Nawi-Medi) der Deutschen Sporthochschule
(DSHS), Bez. 3, Am Sportpark
Hier: Mitteilung gem. Beschluss des Ausschusses Landschaftspflege
und Grün vom 24.8.1998 aufgrund des Widerspruchs der BV 3 vom
30.1.2012
0827/2012**

RM Herr Bacher merkt kritisch an, es sei keine gute Vorgehensweise gewesen, die Bezirksvertretung so spät einzubeziehen und auch der Fachausschuss hätte frühzeitiger beteiligt werden müssen.

Die Ausschussvorsitzende unterstreicht, die Bezirksvertretung hätte zwingend im Vorfeld eingebunden werden müssen. Dies sei hier versäumt worden.

RM Herr Dr. Welpmann stellt fest, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb als öffentlich-rechtliche Körperschaft von sich aus verpflichtet gewesen wäre, in einem derart sensiblen Fall eine vernünftige Information an Politik und Bürgerschaft herauszugeben. Er bekräftigt die Aussage von Herrn Bacher, dass die eigene Verwaltung in diesem Fall nach Kenntnisnahme unverzüglich die entsprechenden Gremien zu unterrichten habe. Nur dann habe die Politik die Möglichkeit, auf den Planungsträger einzuwirken, damit dieser die Planung noch mal überdenkt.

RM Herr Kienitz regt an, dass Politik und insbesondere Verwaltung in Zukunft darauf achten, bei solchen Dingen eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Dies sei nur durch eine frühzeitige Einbindung und eine Transparenz dieser Verfahren möglich.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)